

Zwischen der



vertreten durch die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

und der

**Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung**

**Ortsvereinigung Bremerhaven e.V.,**

Adolf-Kolping-Straße 29,

27578 Bremerhaven

wird folgende

**Vereinbarung nach § 75 Abs.3 SGB XII i. Verbindung mit § 41 Abs. 3 SGB IX**

geschlossen:

---

**1. Gegenstand**

1.1 Gegenstand dieser Vereinbarung sind Leistungen, welche die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Ortsvereinigung Bremerhaven e.V. – im folgenden Einrichtungsträger genannt – für wesentlich geistig und mehrfach/seelisch behinderte Erwachsene mit einem Hilfeanspruch nach §§ 53 ff Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) in Verbindung mit § 41 SGB IX im **Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen** erbringt. Die Adressen und Kapazitäten der einzelnen Betriebsstätten des Trägers sind der beigefügten Liste (Anlage 1) zu entnehmen, die somit Gegenstand der Vereinbarung ist.

1.2 Diese Vereinbarung bestimmt Näheres zur Leistung, ihrer Vergütung und ihrer Prüfung. Das Kostenträgerblatt ist Bestandteil dieser Vereinbarung. Im Übrigen finden die Regelungen des Bremischen Landesrahmenvertrages nach § 79 Abs. 1 SGB XII (BremLRV SGB XII) vom 28.6.2006 Anwendung.

1.3 Zukünftige Rahmenvertragsregelungen über Inhalt, Umfang und Qualität der Leistung finden auch Anwendung auf diese Einzelvereinbarung unter Fortgeltung des in Ziffer 3.1 dieser Vereinbarung ausgewiesenen Entgeltes.

**2. Leistung**

2.1 Die Leistungen werden auf der Grundlage der derzeit gültigen fachlichen Standards und Bestimmungen sowie der vereinbarten personellen Ausstattung erbracht. Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen sind so zu gestalten, dass eine bedarfsgerechte Hilfe im Einzelfall

gewährleistet ist. Die Leistungen müssen ausreichend und zweckmäßig sein und dürfen das Maß des Notwendigen nicht überschreiten.

2.2 Der Vereinbarung liegt eine Platzzahl von insgesamt 366 Plätzen zugrunde.

2.3 Der Umfang der Leistung ist nach Bedarfsgruppen differenziert. Von den im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderungen entfallen

- 80 v.H. auf die Gruppe mit einem normalen Hilfebedarf (**Betreuungsschlüssel 1 zu 12**),
- 15 v.H. auf die Gruppe mit einem besonderen/erhöhten Hilfebedarf (**Betreuungsschlüssel 1 zu 6**) und
- 5 v.H. auf die Gruppe mit einem aussergewöhnlich hohen Hilfebedarf (**Betreuungsschlüssel 1 zu 4**).

Das o.g. Bedarfsprofil ist Ergebnis einer langjährigen praktischen Arbeit und Erfahrung aus der Arbeit im Fachausschuss nach §§ 2 bis 5 WVO. Es bildet die im Durchschnitt über alle Neuzugänge im Arbeitsbereich sich jährlich wiederholende Verteilung auf die jeweiligen Bedarfsgruppen ab.

Die Beschäftigung und Betreuung im Arbeitsbereich ist durch qualifizierte Gruppenleiter mit einem Schlüssel von mindestens 1:12 sicherzustellen. Zur Einhaltung der Betreuungsschlüssel für die Beschäftigung und Betreuung in der Gruppe mit dem erhöhtem und aussergewöhnlichem Hilfebedarf können darüber hinaus Unterstützungskräfte eingesetzt werden, die nicht über die formale Qualifikation einer anerkannten Gruppenleitung verfügen.

Es ist das Ziel der Vertragsparteien, den Anteil der Menschen mit aussergewöhnlichem Bedarf, die bisher in der Fördergruppe nach § 136 (3) SGB IX gefördert und betreut werden, im Arbeitsbereich sukzessive zu erhöhen. Hierbei ist der individuelle Bedarf des Einzelnen als auch die betrieblich-personellen Rahmenbedingungen und Ressourcen des Trägers zu berücksichtigen. Die aus Sicht des Einrichtungsträgers geeigneten Fälle werden in enger Abstimmung mit dem Sozialamt Bremerhaven für die Beratung und Abstimmung im Fachausschuss eingebracht.

Im kommenden Vereinbarungsjahr soll der Anteil der Menschen mit aussergewöhnlichen Bedarfen aus der Fördergruppe nach § 136 (3) SGB IX im Arbeitsbereich erhöht werden. Die Vertragsparteien werden im Laufe des Vereinbarungszeitraumes die hierzu erforderlichen fachlich-inhaltlichen Rahmenbedingungen erörtern und festlegen. Die entsprechenden Standard- und Entgeltverhandlungen werden unter Einhaltung der jeweils geltenden Kündigungsfristen für die übrigen Bestandteile des Vertrages rechtzeitig aufgenommen.

**Näheres zu Art, Inhalt und Umfang sowie Qualität der Leistung ist in der Leistungsbeschreibung (Anlage 2) geregelt. Diese ist Bestandteil der Vereinbarung.**

2.4 Der Einrichtungsträger verpflichtet sich, im Rahmen des vereinbarten Leistungsangebotes anspruchsberechtigte Hilfeempfänger ausnahmslos aufzunehmen und zu betreuen.

2.5 Der Leistungserbringer hat sicherzustellen, dass er nur Personen beschäftigt oder vermittelt, die persönlich, entsprechend der Anlage zum Beschluss über „Steigerungsraten für Einrichtungen nach dem SGB XII“ vom 25.4.2008, geeignet sind. Die Anlage (Anlage 3) ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

### 3. Leistungsentgelt

3.1 Zur Abgeltung der Leistungen nach Ziffer 2 wird folgende Vergütung pro Leistungsempfänger (Werkstattbeschäftigten) und Leistungsmonat bzw. Leistungstag vereinbart (Basis 252 Arbeitstage):

Die **Gesamtvergütung beträgt € 58,83**  
davon entfallen

- auf die **Grundpauschale € 14,97 arbeitstäglich,**
- auf die **Maßnahmepauschale € 37,48 arbeitstäglich** und
- auf den **Investitionsbetrag € 6,38 arbeitstäglich.**

Die Vergütungssätze berücksichtigen alle bei wirtschaftlicher Betriebsführung notwendigen Personal-, Sach- und Investitionskosten.

Die Berechnungsgrundlage zur Ermittlung der oben genannten Pauschalen ist dem beigefügten Kostenträgerblatt (Anlage 4) zu entnehmen. Das Leistungsentgelt ist ein Gesamtentgelt über die in Ziffer 2.2 aufgeführte Verteilung und Gewichtung der Bedarfsgruppen und der in den jeweiligen Bedarfsgruppen hinterlegten Gruppenleiterschlüssel sowie Unterstützerkräfte. Die dem Entgelt zugrundeliegenden näheren Rahmenbedingungen zur Personalausstattung sind der Anlage 2 zu entnehmen.

3.2. Für WfbM-Beschäftigte, deren regelmäßige vertragliche Arbeitszeit 26 Stunden oder weniger beträgt, wird eine **Teilzeitvergütung** vereinbart. Sie ergibt sich aus der um 18% reduzierten Maßnahmepauschale aus Ziffer 3.1; der Investitionsbetrag bleibt unverändert.

Die **Gesamtvergütung für eine Teilzeitbeschäftigung** (regelmäßige vertragliche Arbeitszeit 26 Stunden oder weniger)  
**beträgt: € 52,08**

davon entfallen

- auf die **Grundpauschale € 14,97 arbeitstäglich,**
- auf die **Maßnahmepauschale € 30,73 arbeitstäglich** und
- auf den **Investitionsbetrag € 6,38 arbeitstäglich.**

3.3 Die Vergütung ist nur abrechenbar, wenn eine entsprechende Zusicherung der Übernahme der Vergütung des zuständigen Sozialhilfeträgers im Einzelfall vorliegt.

3.4 Bei Arbeitsunfähigkeit des im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderung infolge von Krankheit kann die o. g. Vergütung weiter abgerechnet werden, solange Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall nach § 3 des Entgeltfortzahlungsgesetzes besteht (grundsätzlich sechs Wochen mit bedingter Verlängerung um höchstens weitere sechs Wochen bei erneuter Arbeitsunfähigkeit infolge derselben Krankheit). Im Falle unbezahlten Urlaubs und bei unentschuldigtem Fehlen endet der Vergütungsanspruch nach vier Wochen.

#### 4. Vereinbarungszeitraum

4.1 Diese Vereinbarung gilt für die Zeit ab 01.07.2018 und wird mit einer Mindestlaufzeit von 12 Monaten auf unbestimmte Zeit geschlossen.

4.2 Zur vollständigen oder teilweisen Änderung oder Aufhebung der Vereinbarung bedarf es einer schriftlichen Kündigung unter Einhaltung der unter 4.1 bestimmten Mindestlaufzeit und einer Kündigungsfrist von mindestens 6 Wochen für die Entgeltvereinbarung bzw. von mindestens 3 Monaten für die übrigen Bestandteile des Vertrages.

#### 5. Prüfungsvereinbarung

Im Rahmen des Verfahrens der Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Qualität der Leistung nach § 76 Abs.3 SGB XII sind die in § 23 Abs. 3 BremLRV SGB XII geforderten Berichtsunterlagen (Betreuungstage, Personaleinsatz; angewandte Instrumente und Maßnahmen der Qualitätssicherung) bis zum 31.03. des Folgejahres . bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen einzureichen. Vgl. Ziffer 7 der Anlage 2 zur Vereinbarung. Sollten sich Anhaltspunkte ergeben, die erhebliche Zweifel an der Leistungsqualität und Wirtschaftlichkeit der Einrichtung begründen, stellt der Träger der Einrichtung dem Sozialhilfeträger auf Anforderungen weitergehende, zur sachgerechten Beurteilung notwendige und geeignete Prüfungsunterlagen zur Verfügung und erteilt auf Anfrage entsprechende Auskünfte.

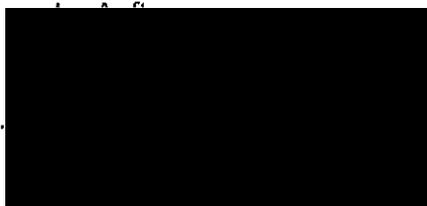
#### 6. Sonstiges

6.1 Bei Unwirksamkeit einer Bestimmung dieses Vertrages verlieren die übrigen Bestimmungen ihre Wirksamkeit nicht. Eine unwirksame Regelung ist von den Vertragsparteien durch eine wirksame zu ersetzen, die der unwirksamen in ihrer Auswirkung möglichst nahe kommt. Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 53 ff. des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

Geschlossen: Bremen im Juni 2018

**Die Senatorin für Soziales, Jugend,  
Frauen, Integration und Sport**

**Einrichtungsträger**

.....  


Lebenshilfe  
für Menschen mit geistiger Behinderung  
.....  
(rechtfertigend)

Anlagen: 1) Übersicht über die Betriebsstätten, 2) Leistungsbeschreibung, 3) Beschluss  
Persönliche Eignung von Mitarbeitern, 4) Kostenträgerblatt

**Anlage 1 zur Vereinbarung nah § 75 (3) SGB XII – Kapazität der Betriebsstätten**

	<u>Anzahl</u>
Albert-Schweitzer Haus Hakenweg 25	138
Georg-Ennen-Haus Adolf-Kolping-Str. 29	129
Werkstatt am Grabensmoor Adolf-Kolping-Str. 10	37
Werkstatt „Brötchengeber“ Adolf-Kolping-Str. 24	24
Werkstatt „Drahtesel“	20
ausgelagerte Arbeitsplätze (diverse Anschriften)	18
	<hr/>
	366

Anlage 2 zur Vereinbarung nach § 75 (3) SGB XII – Leistungsbeschreibung

Arbeits- und Förderangebote für Erwachsene mit Behinderungen im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)	
<p><b>1. Kurzbeschreibung des Leistungstyp und rechtliche Grundlagen</b></p>	<p>Teilhabe am Arbeitsleben und zur Eingliederung in das Arbeitsleben für geistig, körperlich, seelisch und/oder mehrfach behinderte Erwachsene im Arbeitsbereich einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).</p> <p>§§ 53, 54 Abs. 1 SGB XII i. V. mit § 41 SGB IX § 136 Abs. 2 SGB IX Werkstättenverordnung (WVO)</p>
<p><b>2. Personenkreis</b></p> <p><b>2.1 Definition</b></p>	<p>Zielgruppe der WfbM sind erwachsene Menschen (ab 18 Jahren) mit wesentlichen geistigen, körperlichen, seelischen und/oder mehrfachen Behinderungen nach § 53 SGB XII und der Eingliederungshilfverordnung zu § 60 SGB XII §§ 1 – 3, die wegen der Art und/oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können (§ 136 Abs. 1 SGB IX). In der WfbM werden insbesondere gefördert und betreut:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Behinderte Menschen (ab 18 Jahren), die nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden können, aber in der Lage sind, eine Beschäftigungszeit von dauerhaft mindestens 3 Stunden täglich (in Anlehnung an die Werkstattempfehlung der BAGüS) in der WfbM zu erbringen und die Zielsetzung der in der Werkstatt zu erbringenden Leistungen nach §§ 39 ff. SGB IX auch tatsächlich erreichbar sind.</li> <li>2. Wenn ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbracht werden kann. Dies ist der Fall, wenn der/die Beschäftigte in der Lage ist, unter Nutzung geeigneter Hilfsmittel einen geringen eigenständigen Anteil an den Produktionen und Dienstleistungen der WfbM zu erbringen. Das Produkt oder die Dienstleistung als Ganzes müssen von einem Kunden der WfbM oder im internen Wirtschaftsbereich benötigt werden und somit wirtschaftlich verwertbar sein.</li> <li>3. Ein erheblicher Aufwand für Pflege und Versorgung ist kein Ausschlussgrund, sofern die Kriterien Nr. 1 und 2 erfüllt sind.</li> <li>4. Eine erhebliche Selbst- oder Fremdgefährdung ist bei Erfüllung der Kriterien zu 1 und 2 nur dann ein Ausschlussgrund, wenn sie eine beständige ernstliche Gefahr für Gesundheit und Leben des behinderten Menschen selbst oder für andere behinderte oder nicht behinderte Mitarbeiter der Werkstatt darstellt und dies auch bei größtmöglichem Betreuungs- und Beaufsichtigungsaufwand im Rahmen des vereinbarten Betreuungsschlüssels nicht auf erträgliche Formen reduziert werden kann. Über das Vorliegen eines solchen Ausschlussgrundes berät der Fachausschuss.</li> </ol> <p>Zum o.g. Personenkreis gem. Ziffer 2.1. zählen nicht</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- lernbehinderte Menschen,</li> <li>- erwerbsfähige schwerbehinderte Menschen,</li> <li>- erwerbsfähige behinderte Menschen, für die Leistungen zur</li> </ul>

<p><b>2.2 Differenzierung</b></p>	<p>Eingliederung in Arbeit nach § 16 SGB XII oder nach SGB III i.V. mit § 33 SGB IX erbracht werden,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- der Personenkreis nach § 67 SGB XII,</li> <li>- Bezieher von Renten wegen teilweiser Erwerbsminderung nach § 43 SGB VI,</li> <li>- Bezieher einer sogenannten Arbeitsmarktrente</li> <li>- Behinderte Menschen, welche die rentenversicherungsrechtliche Altersgrenze erreicht haben.</li> </ul> <p>Innerhalb des Personenkreises nach Ziffer 2.1 werden drei Bedarfsgruppen unterschieden:</p> <p>Bei dem Personenkreis mit <b>allgemeinem Hilfebedarf</b> handelt es sich um wesentlich behinderte erwachsene Menschen mit einer geistigen, seelischen oder mehrfachen Behinderungen, die bei der Teilhabe am Arbeitsleben zur Aufrechterhaltung und Förderung der beruflichen Fertigkeiten, zur Entwicklung der Persönlichkeit sowie der sozialen Kompetenzen einer regelmäßigen Anleitung und Hilfe während der Beschäftigungszeit durch das vorhandene Fachpersonal bedürfen. Dieser Rahmen reicht zur Erhaltung der Werkstattfähigkeit aus. Es liegt ein Mindestmaß an wirtschaftlich verwertbarer Arbeit vor und es besteht keine erhebliche Eigen- und/oder Fremdgefährdung.</p> <p>Bei dem Personenkreis mit <b>erhöhtem Hilfebedarf</b> handelt es sich um wesentlich behinderte erwachsene Menschen mit komplexen, multiplen Behinderungsformen, die einer intensiveren Anleitung und Unterstützung durch das vorhandene Fachpersonal bedürfen als die die Menschen mit allgemeinem Hilfebedarf, um die Kriterien der Werkstattfähigkeit nach § 136 Abs. 2 SGB IX (Mindestmaß an wirtschaftlicher verwertbarer Arbeit, keine erhebliche Selbst- und Fremdefährdung, kein außerordentlicher Aufwand an Pflege und Betreuung) zu erfüllen.</p> <p>Bei dem Personenkreis mit <b>außergewöhnlichem Hilfebedarf</b> handelt es sich um wesentlich behinderte erwachsene Menschen mit komplexen, multiplen Behinderungsformen, die einen deutlich höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand aufweisen als die beiden anderen Hilfebedarfsgruppen, um die Kriterien der Werkstattfähigkeit nach § 136 Abs. 2 SGB IX (Mindestmaß an wirtschaftlicher verwertbarer Arbeit, keine erhebliche Selbst- und Fremdefährdung, kein außerordentlicher Aufwand an Pflege und Betreuung) zu erfüllen. Diese Menschen sind über die geistige und/oder seelische Behinderung hinaus z.B. durch körperliche und/oder Sinnesbehinderungen, hohe Anfallsbereitschaft, Orientierungslosigkeit u.a. eingeschränkt. Herausforderndes Verhalten wie Sach-, Selbst- und/oder Fremdaggression, Einschränkungen in der Kommunikation sowie hoher Unterstützungsbedarf in wesentlichen Lebensbereichen erfordern eine besonders intensive pflegerische, sozial- und arbeitspädagogische Unterstützung.</p> <p>Die Feststellung des erhöhten und des außergewöhnlichen Hilfebedarfs erfolgt mittels geeigneter standardisierter Verfahren, trägerspezifischer Erhebungsinstrumente sowie unter Berücksichtigung geeigneter Befunde und Gutachten.</p>
<p><b>3. Zielsetzung</b></p>	<p>Der Träger verfügt über ein möglichst breites Angebot an</p>

	<p>Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen, um der Art und Schwere der Behinderung, der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit, Entwicklungsmöglichkeiten sowie Eignung und Neigung der Beschäftigten soweit wie möglich Rechnung zu tragen. Er muss wirtschaftliche Arbeitsergebnisse anstreben, um an die im Arbeitsbereich beschäftigten behinderten Menschen ein ihrer Leistung angemessenes Arbeitsentgelt zahlen zu können.</p> <p><b>Personen mit allgemeinem Hilfebedarf:</b> Erlangung und Erhalt eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben in einer WfbM, wenn möglich weiterführende berufliche Rehabilitationsmaßnahmen und Vermittlung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder Einsatz in einem Integrationsprojekt.</p> <p><b>Personen mit erhöhtem und aussergewöhnlichem Hilfebedarf:</b> Angebot eines breiten und flexiblen Arbeits- und Beschäftigungsangebotes mit Einbeziehung arbeitsbegleitender persönlichkeitsfördernder Maßnahmen. Eignung, Leistung und Neigung des wesentlich behinderten Menschen wird dabei soweit wie möglich Rechnung getragen. Auch bei der Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe sind soweit wie möglich die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe zu berücksichtigen. Als wichtigste Ziele gelten die auf die Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnittene, ganzheitliche Förderung der Arbeitsfähigkeit und der individuellen Handlungskompetenzen anhand von Arbeiten aus dem Angebotsspektrum der Werkstatt und begleitende Maßnahmen zur Persönlichkeitsförderung.</p> <p>Für die Personen mit aussergewöhnlich hohem Hilfebedarf, gelten die Ziele in einem eingeschränkterem Umfang und der Träger hat zur Sicherstellung seiner Aufträge und Wirtschaftlichkeit, die Möglichkeit, entsprechende Gruppenangebote zu machen.</p>
<p><b>4. Leistungsangebot</b></p> <p><b>4.1 Zeitlicher Umfang</b></p> <p><b>4.2 Inhalt der Leistung</b></p>	<p>Teilstationär für die Dauer der täglichen Arbeitszeit der Werkstatt (252 Arbeitstage). Kürzere Beschäftigungs- und Betreuungszeiten sind nach § 6 VWO zu ermöglichen.</p> <p>Beschäftigung im Arbeitsbereich der Werkstatt für wesentlich behinderte erwachsene Menschen mit einem allgemeinen Hilfebedarf in einem arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnis durch angemessene Beschäftigung. Hierzu zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilhabe an der Arbeitswelt</li> <li>• Berufliche Bildung</li> <li>• Förderung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt durch geeignete Maßnahmen (Einrichtung von Übergangsgruppen mit besonderen Förderangeboten, Entwicklung individueller Förderpläne, besondere Trainingsmaßnahmen, Betriebspraktika),</li> <li>• Persönlichkeitsentwicklung</li> <li>• Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit</li> <li>• Erzielung eines Arbeitsentgeltes</li> <li>• Soziale Integration</li> <li>• Vorbereitung auf den Ruhestand</li> </ul> <p>Die Beschäftigung kann erfolgen in/auf</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• einer Betriebsstätte der Werkstatt</li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"><li>• ausgelagerten Arbeitsgruppen</li><li>• Außenarbeitsplätzen (Einzelarbeitsplätzen)</li></ul>
<b>4.3. Unterkunft und Verpflegung</b>	<p>Die WfbM bietet qualifizierte pädagogische, soziale, medizinische und psychologische Beratung und Unterstützung nach dem individuellen Bedarf an. Sie erbringt pflegerische und therapeutische Leistungen entsprechend des individuellen Bedarfs und unter Beachtung des Nachrangigkeitsprinzips der Eingliederungshilfe.</p> <p>Zurverfügungstellung der betriebsnotwendigen Gebäude, Räumlichkeiten und Grundstücke. Bewirtschaftung und Instandhaltung der Gebäude und Räume. Die bauliche Gestaltung und Ausstattung soll der Aufgabenstellung der Werkstatt nach dem SGB IX Rechnung tragen. Die Vorschriften des Beschäftigungsschutzgesetzes, Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung sowie zur Vermeidung baulicher und technischer Hindernisse sind zu beachten. Der Träger hat den Beschäftigten im ABB der WfbM die Möglichkeit eines Mittagessens (Eigen-/oder Fremdleistung) anzubieten.</p>
<b>4.4 Ende der Leistung</b>	<p>Die Beschäftigung in der WfbM endet spätestens mit dem Erreichen der rentenversicherungsrechtlichen Regelaltersgrenze. Es entfällt somit die Zielsetzung der Erlangung und des Erhalts eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben in einer WfbM, und dem Weiterbesuch der WfbM.</p>
<b>4.5 Vernetzung</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Beteiligung am Hilfeplanverfahren/Fallkonferenzen.</li><li>- Zusammenarbeit mit dem Sozialamt Bremerhaven.</li><li>- Kooperation mit anderen Institutionen und Gremien.</li></ul>
<b>4.6 Übergang</b>	<p>Die Werkstatt stellt in der Übergangsphase geeigneter Personen (im Rechtsverhältnis der WfbM) auf den allgemeinen Arbeitsmarkt die notwendige arbeitsbegleitende Betreuung sicher. Sie wirkt darauf hin, dass unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit und in Zusammenarbeit mit dem Integrationsamt sowie der Integrationsfachdienste bei Übergängen und zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Arbeitsverhältnisses auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, die entsprechenden Leistungen und arbeitsbegleitenden Hilfen anderer Leistungserbringer erbracht werden.</p>
<b>5. Personelle Ausstattung</b>	<p>-</p> <p><b><u>Personalanhaltswerte und Beschäftigungsvolumina für die Bereiche:</u></b></p> <p>Geschäftsführung/ Verwaltung inkl. Controlling, Koordination/Marketing/Vertrieb: 1 zu 39,5</p> <p>Werkstattleitung/Technische Leitung nach § 9 (2) WVO: 1 zu 115</p>

<p><b>6. Räumliche und sächliche Ausstattung/ Betriebsnotwendige Anlagen</b></p>	<p><u>Fachpersonal zur Arbeits- und Berufsförderung gem. §§ 9 und 10 der WVO:</u></p> <p><b>Normaler Hilfebedarf:</b> Hier gilt der Betreuungsschlüssel für die Gruppenleitungen gem. WVO mit einem PAW in Höhe von 1 zu 12</p> <p><b>Besonderer/erhöhter Hilfebedarf:</b> Betreuungsschlüssel in Höhe von 1 zu 6 (Mischung aus anerkannten GL nach WVO (1:12) und zusätzliche Unterstützungskräfte für einen Anteil in Höhe von 15 v.H. der insgesamt beschäftigten und betreuten Menschen mit Behinderung).</p> <p><b>Aussergewöhnlicher Hilfebedarf:</b> Betreuungsschlüssel in Höhe von 1 zu 4 (Mischung aus anerkannten GL nach WVO (1:12) und zusätzliche Unterstützterkräfte für einen Anteil in Höhe von 5 v.H. der insgesamt beschäftigten und betreuten Menschen mit Behinderung).</p> <p>Sozialpädagogisch Begleitender Dienst: 1 zu 120</p> <p>Pflegerisch/therapeutische Dienste/ Ergotherapie: 1 zu 60</p> <p>Psychologischer Dienst: 1 zu 340</p> <p>Der Betriebsarzt und die Fachkraft für Arbeitssicherheit sind in dem gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen in den sonstigen Personalkosten anteilig enthalten.</p> <p>Ausstattung der Werkstatt- und Nutzräume, Gemeinschaftsräume, der sanitären Anlagen und Küche entsprechend der Vorgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung mit werkstattspezifischem Inventar, Maschinen und Geräten im angemessenen Umfang zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages einer WfbM je nach konzeptioneller Ausrichtung und Arbeitsschwerpunkt. Büros und Besprechungs- sowie Gruppenräume mit angemessenen und zeitgemäßen Kommunikationsmitteln und Datenverarbeitungsmöglichkeiten. Instandhaltung der betriebsnotwendigen Anlagen.</p>
<p><b>7. Qualitätsentwicklung/-Prüfung</b></p> <p><b>Angaben zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität</b></p>	<p>Der Bericht erfolgt nach Anlage 6 des BremLRV bzw. orientiert sich grundsätzlich an dem Raster. Die für die WfbM relevanten Angaben zur Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität sind entsprechend zu ergänzen. Die Kriterien werden mit dem zuständigen Fachreferat – Referat 30 – Behindertenpolitik bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im Vorfeld abgesprochen.</p>
<p><b>8. Vergütung</b></p>	<p>Die Leistungen in der Werkstatt für behinderte Menschen werden vergütet durch</p>

	<ul style="list-style-type: none"><li>a) eine <b>Maßnahmepauschale</b> zur Abdeckung der Betreuungsleistungen</li><li>b) eine <b>Grundpauschale</b> zur Abdeckung der Leistungen für Verpflegung sowie der Leistungen für die Geschäftsführung, Leitung, Organisation und Verwaltung sowie anteiliger Sachkosten</li><li>c) einen <b>Investitionsbetrag</b> zur Abdeckung der Kosten, die der Nutzung der Anlagen und Ausstattungen der Nutzungsräume zuzurechnen sind.</li></ul>
--	---